

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei halbjährlicher Zustellung monatlich RM. 2.30 (einschl. 10 Pf. Zustellung), durch Postweg RM. 2.50 einl. 66 Pf. Beleggebühr (ohne Postzuschlag) bei halbjährlicher Zustellung RM. 12.00, bei vierteljährlicher RM. 14.00, bei monatlicher RM. 18.00, ansonsten RM. 24.00

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. I., Mühlenstraße 38/32. Fernruf 25241. Postfachkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Hauptmannschaft Dresden

Einzelheft 10 Pf. (einschl. 10 Pf. Porto). Familienabonnement und Einzelhefte zu ermäßigtem Preis. Ein- und Mehrzahlbestellungen nur mit Quittungsangabe. Freier Postverkehr. Unverlangte Exemplare werden nicht aufbewahrt

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Neue Vorschläge zum Viermächtepakt

Frankreich will paraphieren - Deutschland prüft Großdeutschland oder Kleindeutschland?

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 6. Juni. Im Auswärtigen Amt in Berlin wird zur Zeit der Text des Viermächtepaktes geprüft, dem die französische Regierung ihre Zustimmung gegeben hat. Bekanntlich hatten sich in der vorigen Woche bereits die Mächte auf einen Text geeinigt, als Frankreich plötzlich mit einer neuen Formulierung hervortrat. Den Hauptstreitpunkt bildet zur Zeit bei diesem neuen Text die Frage der deutschen Gleichberechtigung.

Nach deutscher Ansicht kommt in dem jetzt zur Prüfung vorliegenden Text die deutsche Gleichberechtigung nicht genügend zum Ausdruck.

Damit erhebt sich für die Reichsregierung die Frage, ob Deutschland bei der Aufrechterhaltung dieses Textes noch ein genügendes Interesse an der Unterzeichnung des Viermächtepaktes hat oder nicht. Diese Frage wird zur Zeit im Auswärtigen Amt eingehend geprüft, und es versteht sich von selbst, daß diese Prüfung nach Möglichkeit beschleunigt wird. In Rom selbst erwartet man eine Klärung der Lage im Laufe des morgigen Tages. Das geht aus Ausführungen hervor, die

Ruffolini heute nachmittag im italienischen Senat machte, wo er u. a. erklärte: „Die Verhandlungen über den Viererpakt sind in eine Phase eingetreten, die binnen

kurzem in dem einen oder anderen Sinne abschließend sein kann. Ich behalte mir vor, morgen Erklärungen darüber abzugeben.“

In Berliner unterrichteten Kreisen bezeichnet man die Nachrichten, daß England und Italien dem französischen Text bereits zugestimmt hätten, als falsch. Beide Länder haben vielmehr erklärt, daß sie ihrerseits zustimmen würden, wenn Deutschland seine Zustimmung erteilen würde. Auch die Darstellung, daß Mussolini seine Vermittlung aufgegeben habe, wird als absolut unrichtig bezeichnet, was sich im übrigen schon aus der Gesamtsituation ergibt, da die Vervollständigung der Lage ja lediglich dadurch eingetreten ist, daß Frankreich mit neuen Vorschlägen hervortrat.

Kompromiß auf Deutschlands Kosten?

London, 6. Juni. Hinsichtlich des Viermächtepaktes heißt es in London, daß es gelungen sei, eine Kompromißform zu finden, mit der Frankreich, England und Italien sich bereits einverstanden erklärt haben sollen. Man warte nunmehr noch auf die Antwort Deutschlands. Der Artikel 3 des Paktes, in dem von der deutschen Gleichberechtigung die Rede ist, soll umgeändert worden sein. Nachdem England den Vorschlag gemacht habe, diesen Hinweis gänzlich fortzufallen zu lassen, sei eine Kompromißlösung zwischen der englischen und der französischen Formulierung gefunden worden. Diese Meinung ist mit Vorbehalt aufzunehmen, da sie im Gegensatz zu der Berliner Auffassung steht.

Die Überschrift der „Lagenfurter Tagung des VDA in Passau“ verriet schon die falsche Frontstellung, in der zur Zeit im Donauraum um den deutschen Gedanken gekämpft wird. Man wird dabei an die innerpolitischen Vorgänge des letzten Jahres erinnert, wo auch die Fronten wirt durchhandeln liefen und heftige Bruderkämpfe zwischen den nationalen Deutschen ausgefochten werden mußten, bis endlich in der Einigung der herrschende Durchbruch des Dritten Reiches erfolgte. Die gleichen Irrtümer, die uns im Innern solange aufhielten, müssen nun auch bei dem Drittel des deutschen Volkes überwunden werden, das außerhalb der Reichsgrenzen lebt. Denn so wenig das nationale Deutschland daran denkt, in gewalttätiger Auflehnung gegen die Verträge den großdeutschen Gedanken zu verwirklichen, so wenig kann es darauf verzichten, die geistige Zusammenfassung aller Deutschblütigen und Deutschsprechenden zu vollziehen. Die Geschichte kann nicht bei der kleindeutschen Lösung stehenbleiben, mit der sich Bismarck unter dem Zwange der Verhältnisse bei seiner Reichsgründung begnügen mußte. Als im Verlauf der deutschen Revolution von 1830 das Reich in seinem inneren Bau unter Vertilgung aller partikularen Elemente über die Bismarcksche Konstruktion hinauswuchs, da mußte auch nach außen die Frage neu aufgerollt werden, wie trotz der politischen Schlagbäume, die das Versailler Diktat errichtet hat, das deutsche Volkstum zueinander kommen kann, wenigstens über geistige Brücken.

Diese Frage ist der Kern des Streites, der gegenwärtig zwischen Deutschland und Oesterreich im Gange ist, und der seine trübten Schatten auf die herrlichen Sonnentage von Passau geworfen hat. Nicht die Neuheitslichkeiten dieses Kampfes sind das Wesentliche, die Maßnahmen und Gegenmaßnahmen und die sie begleitenden bösen Worte. Die Erfahrung, daß sich eine Auseinandersetzung zwischen Verbänden in viel größeren Formen abspielt als mit Fremden, gilt auch fürs Völkerverhalten. Wenn solche Streitigkeiten an der äußeren Reibungsfläche entstehen, dann erhitzen sie die Gemüter und werden ebenso schnell vergessen. Was ist zum Beispiel von den heftigen Gefühlsausbrüchen übriggeblieben, die noch vor drei Monaten das Verhältnis zwischen Süddeutschland und dem Reich vergiftet haben? Sie sind restlos eingeschmolzen worden im Feuer der nationalen Revolution. Um dieselben Probleme, die hier im Innern des Reiches ausgefochten wurden, dreht sich auch der deutsch-österreichische Streit, aber der Gegensatz ist hier viel tiefer und seine Austragung gefährlicher, weil die Außenpolitik in verhängnisvoller Weise hineinspielt. Auf beiden Seiten ringt man heute um das Ideal des großdeutschen Gedankens, aber von ganz entgegengesetzten Auffassungen ausgehend und nach verschiedenen Lösungen strebend.

Der Nationalsozialismus in Deutschland und in Oesterreich steht die Lösung im möglichst engen Zusammenhang. Er möchte alle Grenzen niederlegen bis auf die durch die Friedensverträge garantierte politische, aber auch diese hätte keine Bedeutung mehr, wenn Berlin und Wien „gleichgeschaltet“ wären. Nicht in dem Sinne der Unterwerfung einer rebellischen Provinz, wie es die österreichische Regierung fürchtet, sondern so, wie es der Nationalsozialismus meint, durch den Ausbau Wens zu einem starken Bollwerk des Deutschtums in der Ostmark. Das ist die Form, in der unter den heutigen Umständen der großdeutsche Gedanke seine bestmögliche Verwirklichung finden kann. Dagegen erhebt sich nun mit einer Kraft, die man ihm nicht mehr zugetraut hätte, der kleindeutsche Gedanke unter der Parole der Selbständigkeit Oesterreichs. Ein stolzes, aber ein inkaltiertes Wort, wenn man bedenkt, daß die staatliche Selbständigkeit Oesterreichs 1839 in Lausanne von der Regierung Dollfus um eine Kränze an den Völkerbund, oder, besser gesagt an Frankreich, schon verkauft wurde. Mit um so hartnäckigerem Trotz glaubt nun dieselbe Regierung, diesen Schein von Selbständigkeit gegen den Nationalsozialismus und damit gegen Deutschland verteidigen zu müssen. Reaktion stemmt sich gegen Fortschritt, Eigenmut gegen Einigkeit. Wir gehen nicht so weit wie die Wiener Regierungsblätter, einen jeden, der über diese deutsche Schicksalsfrage mit uns nicht gleicher Meinung ist, für einen Schurken und Verräter zu erklären. Es mag unter den Christlichsozialen und Heimwehrleuten viele Gutgläubige geben, die ihrem Lande einen Dienst zu erweisen meinen, wenn sie an der Entfaltung eines neuen österreichischen Patriotismus mitwirken und alle schwarzgelben Ideale wieder wachrufen, aber die die Geschichte hinweggegangen ist. Das ändert aber nichts daran, daß vom gesamtdeutschen Standpunkt aus gesehen, diese „österreichische Sendung“ nichts anderes ist als die Erfüllung von begrenzter, herrischer Parteilichkeit. Die Wiener

Was will Frankreich von uns?

Reichsminister Göring über die deutsch-französischen Beziehungen

Paris, 6. Juni. „Welt Journal“ veröffentlicht ein Interview, das der preussische Ministerpräsident Göring einem Sonderberichterstatter des Blattes gewährte. Die Unterredung drehte sich um das Problem der deutsch-französischen Beziehungen. Ministerpräsident Göring sprach zunächst über das Viermächteabkommen. Niemand in Deutschland glaube noch an die Gleichberechtigung, die man Deutschland mit den Lippen gewährt habe. „Aus vielen Gründen“, so sagte der Ministerpräsident weiter, „können und wollen wir keinen Krieg führen.“

Wenn eines Tages der Verteidigungskrieg notwendig werden sollte, würde das deutsche Volk ihn energisch führen, aber niemals einen Angriffskrieg. Ein europäischer Krieg würde letzten Endes nur dem Bolschewismus zugute kommen.

Was will Frankreich von uns. Frankreich besitzt die stärkste Armee Europas, Verbündete, Garantieverträge. Deutschland steht allein und seine Rüstung ist derart, daß wir nicht einmal feindliche Flieger verhindern könnten, unsere Städte zu bombardieren. Will Frankreich etwa diese Einmitten verlangen, wenn es von seiner Sicherheit spricht? Heute, vierzig Jahre nach dem Friedensschluß, haben wir, sobald wir den kleinen Finger rühren, um allmählich die Freiheit wieder zu erlangen, ohne die niemand

existieren kann, sobald wir irgendeine Bewegung nach irgendeiner Richtung tun, auf die Opposition Frankreichs. Warum?

Was trennt im Grunde genommen beide Völker? Nichts. In jeder Hinsicht können die Interessen der beiden Völker in Einklang gebracht werden.

Je mehr ich darüber nachdenke, um so mehr komme ich zu der Überzeugung, daß beide Nationen sich verständigen müssen. Die französischen Staatsmänner kommen mit den Staatsmännern aller Länder zusammen, nur nicht mit den deutschen. Es gibt keine direkte Aussprache zwischen beiden Regierungen, deren Zusammenarbeit mehr als jede andere den Frieden und das Wohlergehen Europas sichern würde, und dies gerade in einem Augenblick, in dem Deutschland sich eine starke Regierung geben hat, die fähig ist, Verantwortung zu übernehmen, was die notwendige Bedingung für jede weitblickende Politik ist.

Frankreich und Deutschland müssen miteinander verhandeln, dann werden sie, wie ich fest überzeugt bin, einen gemeinsamen Weg finden.

Vorläufig ist die Atmosphäre nicht gut. Gewiss, ich bemühe mich, sie zu bessern. Man ändert keine traditionellen Strömungen von heute auf morgen. Das ist ein langwieriges Unternehmen, aber man muß es versuchen.“

Der politische Mord am afghanischen Gesandten

Berlin, 6. Juni. In dem in der Berliner afghanischen Gesandtschaft verübten Attentat auf den afghanischen Gesandten wird amtlich nachfolgendes mitgeteilt: Die Reichsregierung hat unmittelbar nach der Tat Geheimgelände in der Umgebung des Verletzten seine ärztliche Hilfe zu eruchen, dem Verletzten seine ärztliche Hilfe zu erteilen zu lassen. Leider waren die Bemühungen, soweit sie den Gesandten zu retten, erfolglos. Er ist heute am Nachmittag seiner schweren Verletzung erlegen. Der Mörder gibt an, aus politischen Gründen gehandelt zu haben.

Die Reichsregierung bedauert den Tod dieses hervorragenden Diplomaten, der sein Land bereits als Botschafter in Moskau vertreten hatte, bevor er den Berliner Posten übernahm, auf das tiefste

dem Tiergarten begeden. Als sich beide auf der Treppe befanden, die von den oberen Räumen zur Vorhalle des Gesandtschaftsgebäudes führt, trat ihnen aus den unteren Treppenstufen ein junger Mann mit gezogenem Revolver entgegen, der Student Kemal Sued. Es kam zu einer kurzen Auseinandersetzung zwischen dem Gesandten und dem Studenten, der dem Gesandten vorwarf, daß er mitgeholfen habe, Kasanistan den Engländern auszuliefern. Ob der Gesandte darauf antworten konnte, gab der Student kurz hinterher fünf Schüsse ab.

Danziger Senatswahlen Ende nächster Woche

Danzig, 6. Juni. Der Danziger Senat hat in seiner heutigen Sitzung noch keinen Beschluß über die Einberufung des neugewählten Volksrates gefaßt. Man rechnet daher in unterrichteten Kreisen damit, daß der neue Danziger Volksrat frühestens Mitte nächster Woche zusammentritt. Der neue Senat unter Führung des nationalsozialistischen Präsidentschaftskandidaten Dr. Kaufmann dürfte demnach kaum vor Ende nächster Woche vom Volksrat gewählt werden.

und verurteilt mit dem ganzen deutschen Volke das verabschiedungswürdige Verbrechen. Der Ermordete, der ein Bruder des Königs Rindt Schah ist, hatte den Berliner Gesandtenposten erst vor kurzem angetreten.

Zu dem Anschlag werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Der Gesandte wollte sich mit einem jungen Verwandten, der ihn häufig auf Sommergängen begleitete, nach